

# Tabak-Arbeiter

Nr. 20 / Bremen, den 17. Mai 1924

Organ des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich und ist durch alle Postanstalten zu beziehen.  
— Der monatliche Bezugspreis beträgt zwanzig Goldpfennig ohne Bringerlohn.  
— Redaktionsschluss Montag abend. — Verantwortl. Redakteur: S. Dahms.  
— Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-Verband, R. Velsmann. — Druck: Bremer Buchdruckerei und Verlagsanstalt S. H. Schmalzfeldt & Co. — sämtlich in Bremen.

Verbandsvorstand, Redaktion und Expedition: Bremen, An der Welbe 201, Telefon: Amt Roland 0046. — Geld- und Einschreibsendungen an Johannes Krohn, Bremen, An der Welbe 201. — Postfachkonto 5348 beim Postfachamt Hamburg. — Bankkonto: Bankabteilung der Großhandlungsgesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H., Hamburg. — Verbandsauschuß: L. Schoene, Hamburg, Besenbinderhof, Zimm. 45-46.

Am 17. Mai ist der 20. Wochenbeitrag fällig.

## Löhne und Währung.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten steigt von Woche zu Woche und belief sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes am 7. Mai auf das 1,15fache der Vorkriegszeit. Daß die Dinge in Wirklichkeit noch viel schlimmer liegen, als sich aus den Angaben des Statistischen Reichsamtes schließen läßt, ist eine bekannte Tatsache. Für die Arbeiterschaft bedeutet das eine fortwährende Herabdrückung der Kaufkraft ihrer Löhne und damit eine ständige Verschlechterung ihrer Lebenshaltung. Unter diesen Umständen überrascht es weiter nicht, wenn die Arbeiter und Arbeiterinnen immer deutlicher zu erkennen geben, daß mit den bis jetzt gezahlten Löhnen kein Auskommen mehr zu finden ist und daß eine Aufbesserung erfolgen muß. Aber da kommen sie bei den Unternehmern schon an. Sobald die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten in Betracht kommen, sind sie (die Unternehmer) die treuesten Hüter der Währung. Das in der vorigen Nummer dieser Zeitung veröffentlichte Rundschreiben der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände zeigt, wie sehr sie um die Währung besorgt sind, wenn es auf Kosten der Lebenshaltung der Arbeiterschaft geht. Die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen können das Verdienst für sich buchen, nachgewiesen zu haben, daß es andere und bessere Mittel als den Lohndruck gibt, um die Währung zu halten. Wir finden diesen Nachweis in der Anlage, welche die Gewerkschaften ihrem Schreiben an die Reichsregierung (siehe vorige Nummer dieser Zeitung) beigegeben haben und worin die Auffassungen der Gewerkschaften zu dem Lohn- und Währungsproblem mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gekommen sind. Die entscheidenden Stellen dieser Anlage lauten:

Die unterzeichneten Spitzenorganisationen wenden sich mit allem Nachdruck gegen die einseitige Auffassung, daß von der Lohnseite her der deutschen Wirtschaft ernste Gefahren drohen und daß zur Vermeidung dieser Gefahren der Lohnanteil des deutschen Arbeiters und damit seine Lebenshaltung auf das alleräußerste eingeschränkt bleiben müsse. Der deutsche Arbeiter, Angestellte und Beamte leidet seit Jahren unter der von den Interessenten geschickt genährten Auffassung, daß die im internationalen Gütertausch vorhandene Absaherschwerung der deutschen Wirtschaft auf Kosten seines Lohnanteils ausgeglichen werden müsse. Das Resultat dieser Auffassung ist eine sozialpolitisch und wirtschaftspolitisch gleich bedenkliche Senkung der Lebenshaltung dieser Schichten. Wirtschaftspolitisch bedenklich vor allem deshalb, weil der Innenmarkt durch die Herabminderung der Kaufkraft stark zerrüttet und die Bedarfsdeckung vielfach in falsche Bahnen gedrängt wurde. Diese Entwicklung ist um so bedenklicher, als sie Deutschland in steigendem Maße dem Vorwurfe des sozialen Dumpings aussetzt und damit zu gesteigerten Abwehrmaßnahmen des Auslandes bereits geführt hat, während in Wirklichkeit infolge der zu hohen Exportpreise die Ausfuhr trotz Niedrighaltung der Löhne nicht in Gang kommt. Das Herabdrücken der Arbeitsbedingungen verleitet insbesondere durch den relativ sinkenden Lohnanteil am Produkt zu einer Vernachlässigung der technischen und betriebsorganisatorischen Verbesserungen und damit zu einer dauernden Schädigung der Wirtschaftsgrundlagen. Sie führt weiter zu dem bedauerlichen Abwandern von hochqualifizierten Arbeitskräften in das Ausland, die dort eine wesentliche Bereicherung der mit uns konkurrierenden Industrie darstellen.

Die Tatsache der Erschwerung unseres Exportes durch Antidumpingzölle und Reparationslasten wird anerkannt. Ebenso, daß die Zurückgewinnung des Exportes Voraussetzung der deutschen Wirtschaftsgesundung ist. Falsch aber ist es, die Ursache der für den Auslandsmarkt zu hohen Preisstellung der deutschen Waren im Lohnanteil oder den sonstigen Arbeitsbedingungen des deutschen Arbeiters zu suchen. Die im Vergleich zum Weltmarkt niedrigen Arbeitslöhne müßten der Industrie starke Absatzmöglichkeiten schaffen, falls sie eine elastischere und gesündere Preispolitik durchführte. Im Wettbewerb auf dem Auslandsmarkt hat die deutsche Industrie hinsichtlich der Löhne einen außerordentlichen Vorsprung.

Inwieweit des Arbeitseffektes hält der deutsche Arbeitnehmer jeden Vergleich mit den Arbeitnehmern des Auslandes aus. Die gelegentlich veröffentlichten Zahlen über einen Rückgang des deutschen Arbeitseffektes entstammen sämtlich einseitig beeinflussten Interessentenzirkeln. Aber es muß darauf hingewiesen werden, daß die gleiche

Klage in jedweden anderen Lande erhoben wird, so daß ein Sinken des Arbeitseffektes in Deutschland, wenn solches im einzelnen Falle wirklich nachweisbar wäre, kompensiert würde durch gleiche Erscheinungen im Auslande. Die früher von der deutschen Wirtschaft beklagte Unwirtschaftlichkeit der Arbeit infolge der Auswirkung des Entlassungsschutzes des Arbeiters resp. des mangelnden Entlassungsrechtes des Arbeitgebers ist durch den Fortfall der Demobilmachungsbestimmungen beseitigt, so daß heute ein tatsächlicher Rückgang des Arbeitseffektes durch eine dem Arbeitgeber mögliche Arbeitsorganisation behoben werden kann.

Auch der Einwand, daß die Vorbelastung der deutschen Wirtschaft durch Steuern und sozialpolitische und andere Verpflichtungen sehr viel stärker sei als im Auslande, und daß ein Ausgleich nur durch entsprechende Lohnsenkung erfolgen könne, ist nicht stichhaltig. Einmal ist diese Vorbelastung nicht so hoch, wie von den Interessenten behauptet, zum anderen muß beachtet werden, daß die öffentlichen Finanzen anderer Länder sehr starke Ansprüche an die Steuerkraft der dortigen Wirtschaft stellen.

Wenn trotz des ganz erheblich geringeren Lohnanteils und trotz eines zurzeit mindestens gleichwertigen Arbeitseffektes die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Waren bedroht ist, so muß nach den wirklichen Gründen dieser Erscheinungen geforscht werden. Die wesentlichste Ursache der Schwierigkeiten liegt in einer in der Inflation hervorgerufenen und immer noch künstlich aufrechterhaltenen falschen Organisation unserer Wirtschaft. Es werden die gänzlich unwirtschaftlichen Betriebe in Handel, Gewerbe und Bankwesen künstlich durchgehalten. Dadurch wird die Lebenshaltung der breiten Volksmassen in unproduktiver Weise verteuert und das Preisniveau gesteigert.

Es ist die Ausscheidung der zahlreichen parasitischen Zwischenglieder aus der Wirtschaft notwendig, die heute durch den übermäßigen Gewinn bei einem relativ kleinen Umsatz künstlich gehalten werden. In einer Zeit, die Millionen von Arbeitern beschäftigungslos macht und einem furchtbaren Elend ausliefert, ist die Zahl der Konkursfälle merklich gestiegen, d. h. Konkurse sind tatsächlich fast gar nicht eingetreten. Dieses war nur möglich, weil der warenvertuernde Gewinn ungeheuer hoch war. Statt eines mäßigen Unternehmergewinns werden viel zu hohe Ansätze für Risikoprämien, Eigenkapital und Unternehmer- und Handelsgewinn in die Kalkulation eingestuft. Diese Gesamtbelastung bildet ein Vielfaches des früher üblichen Unternehmergewinnes. Ein Preisabbau von auch nur 1 Prozent würde in seinen Auswirkungen etwa eine Milliarde Goldmark jährlich erreichen und damit den Reallohn der breiten Massen beträchtlich steigern. Diese Tatsachen werden auch allgemein anerkannt. Trotzdem soll fortgefahren werden, steigende Gewinne unter Aufrechterhaltung der Preise durch weitere Minderung des Reallohnes zu erzielen, anstatt Wege zu suchen, die geeignet sind, eine falsche Wirtschaftsorganisation umzustellen, die auch bei denkbar niedrigsten Löhnen jede Wiedergesundung unmöglich machen würde. Ursache dieser verteuernenden Belastung ist u. a. die falsche Kreditpolitik, die den unwirtschaftlichen Betrieben und Zwischengliedern ihr Durchhalten und das Aufstapeln der Warenbestände ermöglicht.

Die Gewerkschaften müssen es ablehnen, einer weiteren Steigerung des „Entbehrungsfaktors“ der breiten arbeitenden Massen untätig zuzusehen, nachdem die Erfahrung zeigt, daß diese Entbehrung nicht zugunsten der Steigerung des deutschen Wettbewerbs oder der deutschen Produktivität, sondern zugunsten von Luxusverbrauch der höheren Schichten, unwirtschaftlicher Gestaltung der Volkswirtschaft und Einschränkung der wichtigsten Produktionsgrundlagen der Wirtschaft, nämlich des Inlandsverbrauchs der breiten Bevölkerungsschichten der Arbeiterschaft und des Mittelstandes erreicht wird.

Die Gewerkschaften müssen daher fordern angemessene Erhöhung der Löhne entsprechend den steigenden Lebenshaltungskosten und dem Lohnanteil in der Vorkriegszeit und in den konkurrierenden Auslandsindustrien. Belastungen der Wirtschaft und des Volkes durch die außenpolitische Lage Deutschlands dürfen nicht einseitig von der Arbeitskraft allein, sondern müssen zugleich vom Kapital und durch Verringerung der zwischen Kapitalertrag und Arbeitskraft eingeschalteten übermäßig großen Kosten an Zwischenspesen und Zwischenhändler getragen werden. Der notwendige Preisabbau muß erreicht werden durch Verringerung des Kapitalprofits, Ausschaltung der überflüssigen Zwischenglieder und Zwischenkosten. Dem durchgeführten Beamten- und Angestelltenabbau in der Verwaltung muß ein nicht minder rückichtsloser Abbau der überflüssigen Zwischenlieder und veralteten Arbeitsmethoden der Wirtschaft entsprechen. Erst daraus ergibt sich dann eine Steigerung der Massenkaufkraft, die ihrerseits die Arbeitskraft und den Beschäftigungsgrad hebt und damit die toten Kosten in Staat und Wirtschaft senkt.

## Vor einer Verschärfung der Wirtschaftskrise

Noch immer wird eine Steigerung des Beschäftigungsgrades, eine Abnahme der Arbeitslosigkeit, gute Konjunktur für eine Anzahl von Geschäftszweigen, insbesondere die Textilindustrie, gemeldet, doch wirft bereits eine neue Krise ihre Schatten voraus. Wir werden bald in den dritten Abschnitt der Stabilisierungsperiode eintreten. Als der Druck der Papiergeldnoten für den Staatsbedarf eingestellt und die Rentenmark in den Verkehr gebracht wurde, standen wir bereits mitten in der Stabilisierungskrise, da das damals vorhandene Indexsystem, wozu noch die Aufschläge für Entwertungsrisiko kamen, die Preise weit über den Weltmarktstand getrieben und die Ausfuhrfähigkeit wie auch die innere Kaufkraft unterbunden hatte. Die Rentenmark stellte das verlorenene Vertrauen in das deutsche Geldwesen wieder her, und deshalb gingen auch die Preise, trotz der gewaltigen Steigerung der im Umlauf befindlichen Zahlungsmittel, zurück. Es folgte der zweite Abschnitt der Stabilisierung, mit der eine verhältnismäßige Beruhigung des Wirtschaftslebens — von den sozialen Ausbrüchen infolge der Unternehmerreaktion abgesehen — einherging. Die deutsche Wirtschaft erhielt so eine Atempause, um sich den veränderten Verhältnissen anzupassen, die noch vorhandene Stabilisierungskrise zu überwinden und deren Verschärfung zu verhüten. In diesen Monaten hätte der inländische Verbrauch geregelt, die Möglichkeit der Ausfuhr durch wettbewerbsfähige Preise gesichert, die knapp vorhandenen Kredite an die notwendigen Stellen geleitet, das Staatsbudget in Ordnung gebracht werden müssen. Nur das Zusammenwirken all dieser Maßnahmen hätte die Wirtschaft retten können. Die Lage war um so schwieriger und hätte um so größere Vorsicht gefordert, als die Rentenmark ein rein inländisches Geld darstellt und keinen internationalen Markt hat, weshalb die Einfuhren mit Rentenmark nicht bezahlt werden können, sondern ausschließlich mit fremden Valuten, die dem Inland aus dem Erlös der Ausfuhren zur Verfügung stehen. Die Regierung zeigte sich jedoch unfähig, dieser schwierigen Lage gegenüber dem Egoismus der Privatunternehmer Herr zu werden, und war nicht bereit, durch eine wohlüberlegte Planwirtschaft die Schwierigkeiten zu überwinden. Sie hat es bei Arbeitszeitverlängerung und Lohnkürzung bewenden lassen, ohne die wirklich notwendigen Maßnahmen durchzuführen. So befinden wir uns heute in einer Lage, die durch folgende Merkmale gekennzeichnet wird: Die Menge der im Umlauf befindlichen Zahlungsmittel ist durch Herausgabe von neuem Papiergeld usw. beträchtlich angeschwollen. Es besteht bereits eine Inflation, die sich später scharf auswirken muß, wenn sie im letzten Augenblick nicht noch eingedämmt werden kann. Die Rentenmarkkredite sind dabei ganz erschöpft. Die neue Golddiskontbank wird zwar wieder Kreditmittel für die Einfuhren bereitstellen, sie kann aber die Lage — falls die ausländischen Valuten in Deutschland zu unnötigem Konsum verwendet werden — nur noch weiter verschärfen. Eine Regelung des inländischen Verbrauches ist unterblieben, der Luxusverbrauch hat sich gewaltig erhöht, die Einfuhr hat sich auf Kosten der Rohstoffe zugunsten der Fertigerzeugnisse und der Konsumwaren verschoben. Nicht genug, daß kein Preisabbau erfolgte, sondern vielmehr eine Steigerung, die im Großhandel in den letzten Wochen etwa 10 Prozent betrug. Bei der Vermehrung der Zahlungsmittel war dies vorauszusehen, und man hätte dem nur durch eine sehr energische Preisabbaupolitik entgegenwirken können. Die hohen Preise haben aber die Ausfuhrfähigkeit unterbunden, die Handelsbilanz gestaltet sich immer schlechter und war im Februar im unbesetzten Gebiete mit einer Viertelmilliarde Goldmark passiv, von der ungehemmten Einfuhr ins besetzte Gebiet ganz zu schweigen. Für eine vernünftige und zweckmäßige Verteilung der knappen Kredite war nicht vorgesorgt; nur bei den durch die Reichsbank verteilten Krediten hatten sich bis zu einem gewissen Grad ähnliche Gesichtspunkte geltend gemacht. Bis vor kurzem erfolgte sogar die Verleihung von öffentlichen Geldern ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse der Volkswirtschaft. Die Steuern waren nicht hoch genug, um das Gleichgewicht des Staatshaushaltes herzustellen noch weniger, um den Luxusverbrauch der Reichen zu unterbinden. Außer der Förderung von Kohlenabbauungen und Arbeitszeitverlängerungen wurde nur eins eifrig betrieben: der Fleckenteufel. Es konnte bis zum 1. April der Fleck von 370 000 Bauern, Handwerker und Kleinrentnern abgeerntet werden. Da aber die Abgaben zum größten Teil der Reichs- und

der Postverwaltung angehörten, die jetzt als unabhängige Wirtschaftskörper behandelt werden, ist die Ersparnis für den eigentlichen Staatshaushalt äußerst gering. Zur Besserung der Gesamtlage kann dieser Abbau im wesentlichen gar nicht beitragen. Unter solchen Umständen mußte eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands eintreten. Einstweilen ist sie noch wenig in Erscheinung getreten; die günstige Aufnahme des Sachverständigenberichtes und die Aussicht auf eine Lösung der Reparationsfragen hat die Zuversicht auf die künftige Entwicklung gestärkt. Nichtsdestoweniger ist die Gefahr einer Verschärfung der Krise vorhanden, und diese wird, falls ihr nicht mit allen Mitteln entgegengearbeitet wird, unvermeidlich werden.

## Aus dem Tabakgewerbe.

### Der Beschäftigungsgrad Ende April.

Das Ergebnis der Erhebung über die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit der Mitglieder unseres Verbandes vom Ende April dieses Jahres liegt nun vor. Erfasst wurden von dieser Erhebung 57 643 Mitglieder und zwar 12 540 männliche und 45 103 weibliche. Davon waren 4130 (413 männliche und 3717 weibliche) völlig arbeitslos, während 6475 (739 männliche und 5736 weibliche) verkürzt arbeiten mußten. Von den bei der Erhebung erfaßten Mitgliedern konnten demnach 47 638 (11 388 männliche und 36 250 weibliche) ihre Arbeitszeit voll ausnutzen. Ungerechnet ergibt das auf je 100 Mitglieder 7,17 Arbeitslose, 11,23 Kurzarbeiter und 81,60 Vollarbeiter. Es ist also gegenüber dem vorigen Monat, wo 83,36 % der Mitglieder voll arbeiten konnten, eine Verschlechterung eingetreten.

### Kritisches zur Abwehrbewegung des Tabakgewerbes.

Wer unbefangen und aufmerksam beobachtet, wie das Tabakgewerbe den Abwehrkampf gegen die Sachverständigenvorschläge führt, der wird sich eines eigenartigen — um nicht zu sagen: unangenehmen — Eindrucks nicht erwehren können. Verschiedene Wortführer des Tabakgewerbes scheinen der Meinung zu sein, bei der Abwehr komme es in erster Linie darauf an, den Nachweis zu erbringen, daß die freie Wirtschaft unter allen Umständen einer, ganz gleich wie gearteten Planwirtschaft überlegen sei. Den Mitgliedern unseres Verbandes brauchen wir nicht erst auseinanderzusetzen, daß eine solche Beweisführung, die nur das Kampfobjekt verschiebt, niemals stichhaltig sein kann. Aber den Vertretern der Unternehmer und Händler, die den Kampf in der eben angedeuteten Richtung führen wollen, muß mit aller Deutlichkeit gesagt werden, daß ihre Einstellung nicht nur die Einheit der Abwehrbewegung gefährdet, sondern letzten Endes auch ihren Erfolg in Frage stellen muß. Als Sturmtruppen für die Verfechter der freien Wirtschaft werden sich die freigewerkschaftlich organisierten Tabakarbeiter niemals mißbrauchen lassen.

Wie liegen in Wirklichkeit die Dinge? Nach dem Berichte des Dawes-Komitees haben hervorragende Sachverständige (ein Herr Germain Mauer aus Belgien und ein Herr Mignardi aus Italien) Vorschläge gemacht, die der Aufmerksamkeit der deutschen Regierung empfohlen worden sind. Das Dawes-Komitee hat sich diese Vorschläge als Ergebnis seiner übereinstimmenden Ansicht zueigen gemacht und als nach seinem Urteil für deutsche Verhältnisse passend erklärt. Nun können sicher Zweifel darüber entstehen, ob diese Stellungnahme nur eine Verbeugung vor den genannten Sachverständigen sein soll, oder ob das Dawes-Komitee der Ansicht ist, daß diese Vorschläge in allen ihren Einzelheiten durchgeführt werden müssen. Wie aus unseren früheren Darlegungen in dieser Sache hervorgeht, neigen wir der letzten Ansicht zu. Auf alle Fälle wird das gesamte Tabakgewerbe gut tun, seine Abwehrbewegung so einzustellen, als wenn das Dawes-Komitee auf die Durchführung der Sachverständigenvorschläge dringe. Dazu gehört der Nachweis, daß die Vorschläge in der vorliegenden Form bei der heutigen Struktur des deutschen Tabakgewerbes praktisch undurchführbar sind und, sollten sie trotzdem verwirklicht werden, unermesslichen Schaden stiften müßten, ohne daß das erwartete finanzielle Ergebnis zu erwarten wäre. Nach unserer Meinung kann dieser Nachweis ohne Verhimmelung der freien Wirtschaft und ohne Uebertreibungen erbracht werden.

Wir sprachen soeben von Uebertreibungen. Sowohl, auch vor Uebertreibungen in der Beweisführung muß gewarnt werden. Wie wir ist nicht bei früheren Gelegenheiten das Ende des deutschen Tabakgewerbes als nahe bevorstehend bezeichnet worden, wenn dieser oder jener Ziehvorschlag zur Annahme empfohlen wurde. Und jedesmal ist es anders gekommen,

auch dann, wenn das Unheil in vollem Umfange hereinbrach. Damit soll keinesweges gesagt sein, daß das, was das Tabakgewerbe auf diesem Gebiete bisher hat über sich ergehen lassen müssen, nicht schlimm genug gewesen sei. Aber wenn die Tatsachen an und für sich schon so schlimm sind, warum denn immer wieder Uebertreibungen, die schließlich dazu führen müssen, daß kein Mensch das Beweismaterial des Tabakgewerbes mehr ernst nimmt. Es wird mitunter darüber Klage geführt, daß das Tabakgewerbe in Fragen, die seine Existenz berühren, beim Reichsfinanzministerium und anderen Behörden nicht immer das nötige Verständnis findet. Sollten bei ruhiger Ueberlegung nicht einige Wortführer des Tabakgewerbes zu dem Schlusse kommen, daß sie durch ihre ständigen Uebertreibungen an dieser bedauerlichen Erscheinung nicht ganz unschuldig sind? Doch genug davon für diesmal, weil wir annehmen, daß unsere wenigen Worte an den Stellen, die es angeht, verstanden werden.

Öffnet die Augen, klar sei der Blick!

### Das schwedische Tabakmonopol.

In den Vorschlägen der Sachverständigen wird auch, soweit die Verkaufsorganisation in Frage kommt, auf das schwedische Tabakmonopol Bezug genommen. Unter diesen Umständen haben die Mitglieder unseres Verbandes sicher Interesse für einige Mitteilungen, die der Kollege Eliason (Schweden) auf dem Kongreß der norwegischen Tabakarbeiter (über den wir an anderer Stelle dieses Blattes berichten) über das Tabakmonopol in Schweden gemacht hat. Redner erklärte, daß das Tabakmonopol dem schwedischen Staate bisher eine jährliche Einnahme von ungefähr 400 Millionen Kronen gebracht hat. Die Zahl der von der Monopolverwaltung beschäftigten Arbeiter beträgt 2900. Von diesen sind 2850 Mitglieder unserer schwedischen Bruderorganisation. Die technischen Einrichtungen des Monopols sind sehr umfangreich, da hauptsächlich mit Maschinen produziert wird. Das Kapital der Monopolverwaltung beträgt ungefähr 47 Millionen Kronen. Hieran ist der Staat mit 41 Millionen Kronen beteiligt, während die restlichen 6 Millionen Kronen von Personen gegeben worden sind, welche an der Gründung des Tabakmonopols beteiligt waren. Zum Schluß teilte Kollege Eliason noch mit, daß bei der Lohnbewegung im Februar dieses Jahres für 2500 Arbeiter Lohnerhöhungen bis zu 16 Prozent erzielt worden sind.

## Lohn- und Tarifbewegungen.

### Aus der Zigarettenindustrie.

#### Neue Vergleichsverhandlungen.

Nach einer auch von uns wiedergegebenen Notiz der „Tabakwelt“ konnte man bestimmt damit rechnen, daß der Arbeitgeberverband der Zigarettenindustrie beantragen würde, den Schiedspruch des Schlichters für den Schlichtungsbezirk Sachsen in der Arbeitszeitdifferenz für verbindlich zu erklären. Ein solcher Antrag ist inzwischen dann auch beim Reichsarbeitsminister gestellt worden. Dieser hat den Antrag jedoch nicht so ohne weiteres angenommen oder abgelehnt, sondern das sächsische Arbeitsministerium beauftragt, Vergleichsverhandlungen zwischen den Parteien anzubahnen. Diese Verhandlungen haben nunmehr am 12. Mai in Dresden stattgefunden. Wie uns kurz vor Redaktionsschluß mitgeteilt wird, ist es bei diesen Verhandlungen zu einer Vereinbarung gekommen, die die 48stündige Wochenarbeitszeit grundsätzlich aufrechterhält. Für die 49. und 50. Stunde gibt es je einen einfachen Stundenlohn (48. Teil des Wochenlohnes); für die 51. und 52. Stunde kommt ein zehnprozentiger Zuschlag zur Auszahlung. Länger als 52 Stunden darf nur im Einvernehmen mit der Arbeitervertretung gearbeitet werden; hierfür gibt es dann den tariflichen Zuschlag von 25 Prozent. In der nächsten Nummer dieses Blattes werden wir den Wortlaut der Vereinbarung zum Abdruck bringen. Vorbehalten müssen wir uns, auf die Vereinbarung selbst und den Gang der Verhandlungen zurückzukommen.

### Aus der Kautabakindustrie.

#### Kautabakarbeiterkonferenz für Norddeutschland.

Am 11. d. M. fand in Altona eine Konferenz der Kautabakarbeiter für das Gebiet Schleswig-Holstein, Mecklenburg, Hamburg, Lübeck und Bremen statt. Die Konferenz beschäftigte sich eingehend mit den in diesem Gebiete bestehenden Lohn- und Arbeitsbedingungen und stellte fest, daß seit dem Ablauf des letzten Reichstarifvertrages für das Kautabakgewerbe sich in beträchtlicher Höhe in diesem Gebiet recht verschiedenartig entwickelt haben. Allgemein betrachtet sind die Lohnver-

hältnisse, trotz dem Verbot des Kautabakverbandes, keine Tarifverträge abzuschließen, den Löhnen angepaßt worden, die in den Betrieben gezahlt werden, mit welchen ein Tarif abgeschlossen worden ist und in welchen am Ende des Jahres 1923 rund 70 Prozent aller Kautabakarbeiter beschäftigt waren. In einzelnen Betrieben sind die Löhne erheblich höher als die in den Tarifverträgen vereinbarten Lohnsätze. Ein Unternehmer versucht unter der Parole: „Nur Qualitätsarbeit kann uns retten!“ die Löhne der Arbeiter, insbesondere die der gelernten, dadurch zu drücken, daß er Arbeiten, die früher im Afford hergestellt wurden, im Zeitlohn anfertigen läßt und gleichzeitig ein bestimmtes Quantum vorschreibt, das für den festgesetzten Zeitlohn geleistet werden soll. Der Besitzer dieses Betriebes glaubt offenbar, den Arbeitern eintreden zu können, daß ein durch falsche Zubereitung verdorbener Kautabak durch „Qualitätsarbeit“ zu einem brauchbaren Fabrikat gemacht werden könne. In Wirklichkeit will er die durch eigene Unfähigkeit erlittenen Verluste auf die Arbeiter abwälzen und durch niedrige Löhne ausgleichen. Diesen Bestrebungen werden sich die Kautabakarbeiter widersetzen und zu gegebener Zeit die notwendigen einschneidenden Maßnahmen einleiten. Einmütigkeit herrschte darüber, daß alles aufgeboten werden müsse, um wieder zu einer tariflichen Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse aller Kautabakarbeiter zu kommen. Die Konferenz beschloß in diesem Sinne und beauftragte die Kautabakarbeiter, demgemäß zu wirken.

## Internationale Tabakarbeiterbewegung.

### Kongreß der norwegischen Tabakarbeiter.

Am 19. April fand der 6. Kongreß der norwegischen Tabakarbeiter statt. Aus dem Bericht des Hauptvorstandes ging hervor, daß seit der letzten Generalversammlung ein Verlust von 300 Mitgliedern zu verzeichnen ist. Die Mitgliederzahl sank von 1159 zu Beginn des Jahres 1921 auf 859 Ende 1923. Hauptsächlich ist die Ursache dieses Mitgliederverlustes in der Unsicherheit der norwegischen Tabakindustrie zu suchen, die sehr viele, besonders weibliche Mitglieder zwang, in anderen Berufen Arbeit zu suchen. Weiter ging aus dem Vorstandsbericht hervor, daß sich der Verband mit der Frage des Anschlusses an eine Organisation der Lebens- und Genussmittelarbeiter beschäftigt hat. Der Hauptvorstand soll sich weiter mit dieser Frage beschäftigen und das Ergebnis seiner Vorberatungen den einzelnen Abteilungen vorlegen. Als Vorbedingung des Anschlusses wurde aber bezeichnet, dass zunächst alle Tabakarbeiter organisiert sein müßten. Der Vorstandsbericht wurde mit 9 gegen 7 und der Rechenschaftsbericht mit 10 Stimmen angenommen. Bei der Statutenberatung wurde angeregt, die vier Abteilungen, die in Christiania bestehen, zu einer zu verschmelzen und dementsprechend den Vorstand zu besetzen. Zu dieser Frage nahm der Landessekretär der Gewerkschaften, Aaron, das Wort, um den Delegierten die Vorteile einer Verschmelzung auseinandersetzen. Er nahm Bezug auf die gewaltigen Kämpfe der norwegischen Arbeiter in der Metall- und Papierindustrie wie auch im Transportgewerbe. Jetzt sei die Situation so, daß die gesamte Arbeiterschaft Verhandlungen fordere. An dieser Aktion müßten sich auch die Tabakarbeiter beteiligen, dann werde der Sieg der Arbeiterschaft nicht ausbleiben. Nach einer regen Aussprache wurde der Hauptvorstand beauftragt, alle Kraft einzusetzen, um durch Verhandlungen eine Einigung unter den vier Abteilungen herbeizuführen. Weiter wurde noch zum Internationalen Tabakarbeiterbund und zu der Anregung, in diesem Jahre einen internationalen Tabakarbeiter-Kongreß abzuhalten, Stellung genommen. Zum Schluß wurde in der Erkenntnis, daß eine Statistik von sehr großem Wert ist, folgender Beschluß gefaßt: „Die Arbeiter eines jeden Betriebes wählen einen Vertrauensmann, der die Führung der Statistik über Arbeitszeit und Verdienst eines jeden Arbeiters zu führen hat.“ Damit waren die Arbeiten des Kongresses beendet. Der nächste Kongreß soll im Jahre 1925 in Christiania stattfinden.

## Rundschau.

### Die Zahl der Erwerbslosen.

Von amtlicher Stelle werden etwa alle 14 Tage Angaben über den Umfang der Erwerbslosigkeit veröffentlicht, aus denen in den letzten Wochen erfreulicherweise ein Rückgang zu erkennen war. Man darf jedoch nicht übersehen, daß die Erwerbslosenziffern nur diejenigen erfassen, die auf den Arbeitsämtern Unterstützungsgelder empfangen, alle übrigen Erwerbslosen werden hier nicht mitgezählt. Seit dem 25. März sind nun die neuen Ausführungsbestimmungen zur Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge in Kraft getreten, wonach die Unterstützungsempfänger in den letzten zwölf Monaten mindestens drei Monate pflichtversichert gewesen sein müssen. Die Höchstdauer der Unterstützung beträgt in der Regel 26 Wochen. Es wird also eine Reihe von Personen, die die Unterstützungsdauer hinter sich haben oder den Punkt der Pflichtversicherung

nicht erfüllen, „ausgesteuert“, wie der amtliche Ausdruck lautet. Sie werden in den Zahlenangaben über die Erwerbslosigkeit nicht mehr mitgezählt, sind auch der Kontrolle rasch entschunden und bleiben trotzdem erwerbslos. Die Ziffern für den 15. April nennen für das unbefetzte Deutschland 476 000 unterstützte Erwerbslose. Mit den nicht unterstützten dürften es noch 560 000 sein. Dazu kommen noch etwa 700 000 Arbeitslose des besetzten Gebietes, eine Zahl, die natürlich nur sehr unsicher geschätzt werden kann, da bei der Behinderung der Verwaltung keine abschließenden Ziffern zu erhalten sind; die Besserung des Arbeitsmarktes hat jedenfalls hier mit der Entwicklung im unbefetzten Deutschland nicht entfernt Schritt gehalten. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen in Deutschland dürfte heute noch über 1 1/2 Million liegen.

### Die Höchstätze in der Erwerbslosenfürsorge.

Für die Bekanntgabe in der vorigen Nummer dieser Zeitung fanden uns nur die Unterstützungssätze für das Wirtschaftsgebiet II zur Verfügung. Da uns nun auch die Sätze der beiden anderen Wirtschaftsgebiete vorliegen, veröffentlichen wir nachstehend die Höchstunterstützungssätze aller drei Wirtschaftsgebiete. Die Höchstätze der Erwerbslosenunterstützung betragen vom 5. Mai 1924 an bis auf weiteres wöchentlich:

#### im Wirtschaftsgebiet I (Osten)

in den Orten der Ortsklassen

	A	B	C	D u. E	
1. für männliche Personen					Rentenpfennige
a) über 21 Jahre	75	70	65	60	
b) unter 21 Jahren	44	41	38	35	
2. für weibliche Personen					
a) über 21 Jahre	60	56	52	48	
b) unter 21 Jahren	34	32	30	28	
3. als Familienzuschläge für					
a) den Ehegatten	20	19	18	17	
b) die Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige	15	14	13	12	

#### im Wirtschaftsgebiet II (Mitte)

1. für männliche Personen					
a) über 21 Jahre	84	78	72	66	
b) unter 21 Jahren	50	47	44	41	
2. für weibliche Personen					
a) über 21 Jahre	67	63	59	55	
b) unter 21 Jahren	40	37	34	31	
3. als Familienzuschläge für					
a) den Ehegatten	22	21	20	19	
b) die Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige	17	16	15	14	

#### im Wirtschaftsgebiet III (Westen)

1. für männliche Personen					
a) über 21 Jahre	90	84	78	72	
b) unter 21 Jahren	54	50	46	42	
2. für weibliche Personen					
a) über 21 Jahre	71	66	61	56	
b) unter 21 Jahren	41	38	35	32	
3. als Familienzuschläge für					
a) den Ehegatten	23	22	21	20	
b) die Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige	18	17	16	15	

Die Familienzuschläge (Nr. 3), die ein Erwerbsloser erhält, dürfen insgesamt das Anderthalbfache der Hauptunterstützung (Nr. 1 und 2) nicht übersteigen. Die selbständigen Unterstützungen, die mehrere in einem gemeinschaftlichen Hausstand lebenden Familienmitglieder erhalten, dürfen in ihrer Summe das Zweieinhalbfache der Unterstützung nicht übersteigen, die dem höchstunterstützten Mitglied der Familie für seine Person zusteht. Der Vorstand der Familie gilt im Sinne dieser Bestimmungen als ihr Mitglied.

Trotz der Erhöhung sind auch die jetzigen Sätze der Erwerbslosenfürsorge völlig unzureichend. Besonders dann, wenn man berücksichtigt, daß dafür regelmäßig Beiträge von nicht geringer Höhe erhoben werden. Im übrigen ist auch bei der diesmaligen Regelung die Bedürftigkeitsklausel nicht beseitigt worden. Das ist eine schreiende Ungerechtigkeit.

Über die Abgrenzung der Wirtschaftsgebiete diene folgendes zur Aufklärung: Das Wirtschaftsgebiet I wird im Westen abgegrenzt durch eine Linie, die von Lüneburg über Lüneburg, Rotenburg, Celle, Elhorn, Eienbal, Rarhenom, Nauen, Oranienburg, Cottbus, Sorau, Görlitz nach Eisenberg läuft. Die gesperrt gehaltenen Orte gehören zum Wirtschaftsgebiet II, die nicht gesperrt gehaltenen Orte zum Wirtschaftsgebiet I. Das Wirtschaftsgebiet III wird im Osten abgegrenzt durch eine Linie, die von der Landesgrenze bei Gien über Gammrich, Lamm, Linde, Siegen, Dillenburg, Limburg, Laubomburg, Sarau, Dornbach, Dornstadt, Seifelsberg, Pruchsal, Ruckelbe nach Wagon läuft. Die hier genannten Orte gehören zum Wirtschaftsgebiet III.

## An die Arbeiter und Angestellten!

Im deutschen Kohlenbergbau ist am 7. Mai d. J. die gesamte Arbeiterschaft ausgesperrt worden, um ihr das Recht auf die Siebenstundenschicht unter Tag und die Achtstundenschicht über Tag zu entreißen. Die Bergherren des Ruhrreviers begründen ihr Vorgehen mit den ihnen durch die Micumverträge auferlegten Lasten. Sie wollen diese Lasten aber völlig auf die Arbeiter abwälzen. Seit Monaten haben sie Arbeitszeitverlängerungen erzwungen, die Löhne ständig herabgesetzt und durch fortgesetzte Tarifbrüche die Arbeiter gereizt. Jetzt soll dieser Zustand durch Zwangsschlichtspruch verewigt und auch auf die an den Micumverträgen nicht beteiligten Reviere ausgedehnt werden. Die Bergarbeiter haben sich nicht gewiegt, wirtschaftlich notwendige Ueberarbeit zu leisten. Sie haben schon monatelang Ueberstunden verfahren und waren auch jetzt dazu bereit, sofern ihnen das Recht auf die Siebenstundenschicht tariflich gewährleistet ist. Das Grubentapital will aber keine tarifliche Anerkennung von Arbeiterrechten. Es verlangt die willenlose Unterwerfung der Grubenklaven. Noch ehe die Bergleute zu dem Schiedspruch des Arbeitsministeriums Stellung nehmen konnten, warfen die Sechenherren die Belegschaften auf die Straße. Das Recht ist auf seiten der vergewaltigten Bergarbeiter, die sich gegen diesen Ueberfall zur Wehr setzen.

Die deutsche Wirtschaft wird durch diese Aussperrung ganz unabsehbar geschädigt. Keine Mehrarbeit wird die enormen Verluste decken können, die der Kohlenzeugung dadurch zugefügt werden.

Die Arbeiterschaft darf die Bergarbeiter nicht ihrem Schicksal überlassen. Die unterzeichneten Bundesvorstände rufen die Arbeiter und Angestellten auf, für die Ausgesperrten in allen Orten unverzüglich Sammlungen einzuleiten. Die Ortsausschüsse des ADGB und die Ortskartelle des Ufa-Bundes werden ersucht, diese Sammlungsstätigkeit durch geeignete Organisation und Propaganda sofort in die Hände zu nehmen. Die eingehenden Gelder sind an die Adresse: Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Hermann Kube, Kassierer, Berlin S. 14, Inselstr. 6, zu übermitteln.

Der Kampf gegen die Bergarbeiterschaft ist der Hauptangriff auf den von der deutschen Arbeiterschaft verteidigten Achtstundentag. Dieser Angriff muß zunichte gemacht werden! Deutsche Arbeiter und Angestellte, helft uns diesen aufgezwungenen Kampf gewinnen!

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Der Vorstand des Allgemeinen Bundes freier Angestellter verbände.

## Verbandsteil.

Gesucht werden:

Ein lediger Werkmeister für kleinere Zigarrenfabrik nach Marburg. Nebekosten werden vergütet. Bewerber muß die Sortiererei mit beaufsichtigen und selber mitarbeiten. Nachfragen bei Alfred Kiel, Gießen, Schottstraße 10.

Zehn geübte Kollertinnen nach Sampringe (Kr. Alfeld), Vogels händen, und zwei Zigarrenarbeiter, die selbst Wickel machen können, für bessere Formarbeit nach Schwerin (Mecklenburg). Nachfragen bei Goldlieb Osterlag, Altona, Langensfelder Straße 43, II. r.

Ein erster Sortierer für besseres Sortiment nach der Niederlausitz. Nachfragen bei Georg Fischer, Berlin SO., Ratiborstraße 3, 1.

Zwei Sortierer nach Dingelstädt (Eichsfeld). Nachfragen bei Christian Schönfeld, Heiligenstadt, Petristraße 23 p.

Folgende Gelder sind eingegangen:

- April 3. Leipzig 200,—  
 8. Frankenberg 131,70.  
 27. Friesenheim 78,—.  
 28. Dresden 200,—.  
 30. Zumböwer 61,—. Schutterzell 6,—.  
 Mai 1. Siefeld 100,—. Spradow 150,—. Frieden 15,—. Ohlau 85,—. Schickmannshausen 30,—. Würzburg 100,—.  
 2. Wodum 15,—. Schrambeck 200,—. Glauchau 10,00. Bad Essen 41,40. Hegenburg 150,—. Frankenberg 300,—. Partha 200,—.  
 3. Knecht 37,48. Butschhausen 30,—. Wände 400,—. Gchingen 30,—. Krenznach 127,—. Wessmann 120,—. Nordhausen 300,—. Ratibor 100,—. Preanichwalde 30,—. Sorau 25,—. Venzinghausen 130,—. Wambier 160,—. Wambier 25,—. Untergruppenbach 180,—. Dresden 200,—. Eisenmetz 600,—.  
 4. Eisenberg 145,—.  
 5. Zumböwer 20,—. Bremerhaven 6,35. Tillingen 20,50. Böhm 30,—. Marburg 10,50. Alsbach 21,—. Brale 100,—. Göttingen 20,—. Deynburg 10,22. Jülich 30,10. Leipzig 300,—. Wenzingen 70,—. Wihla 15,—. Zumböwer 30,—. Würzell 50,—. Vohr 50,—.  
 6. Dresden 200,—. Seifelsberg 150,—. Tüschstein 40,—. Oberbeckhen 75,—. Ruckelbe 10,—. Ruckelbe 18,—. Angsburg 60,—. Heilbrunn 20,—. Gammrich 20,—. Gammrich 20,—. Gammrich 150,—. Lindenberg 50,—. Speyer 100,—. Dresden 300,—.  
 7. Nordhausen 78,00. Trier 20,—. Gonnau 25,—. Eisenberg 30,—. Marburg 10,—. Hamburg 3000,—.  
 Bremen, den 13. Mai 1924.